

DGB Bezirk Nord | Besenbinderhof 60 | 20097 Hamburg

Herrn Stefan Weber  
Vorsitzender des Finanzausschusses im  
Schleswig-Holsteinischen Landtag**Schleswig-Holsteinischer Landtag**  
**Umdruck 19/5415**per E-Mail: [Finanzausschuss@landtag.ltsh.de](mailto:Finanzausschuss@landtag.ltsh.de)**Stellungnahme zum Antrag der SSW-Fraktion „Finanztransaktionssteuer einführen“, Drucksache 19/2609**

19. Februar 2021

Sehr geehrter Herr Weber, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
mit Schreiben vom 01. Februar 2021 haben Sie uns Gelegenheit gegeben, zum Antrag „Finanztransaktionssteuer einführen“ der SSW-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag Stellung zu nehmen. Diese Möglichkeit nehmen wir als DGB Bezirk Nord gerne wahr.

Unsere Stellungnahme erfolgt in enger Abstimmung mit der Gewerkschaft ver.di, die ebenfalls zur Stellungnahme aufgefordert ist.

**Uwe Polkaehn**  
Vorsitzender  
Bezirk Nord[uwe.polkaehn@dgb.de](mailto:uwe.polkaehn@dgb.de)Telefon: 040 60 77 661 25  
Telefax: 040 60 77 661 41  
Mobil: 0170 8572567

UP/KK

Besenbinderhof 60  
20097 Hamburg[nord.dgb.de](http://nord.dgb.de)**Finanzakteure müssen durch die Finanztransaktionsteuer zur Verantwortung gezogen werden!**

In Bezug auf die Finanzmarktkrise von 2008/09 sagte Bundeskanzlerin Merkel in ihrer Regierungserklärung im Januar 2014: „Eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt, setzt deshalb alles daran, dass alle, dass die ganze Welt die Lektionen aus dieser damaligen Krise lernt. Eine davon ist und bleibt: Kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt und kein Finanzplatz darf ohne angemessene Regulierung bleiben; Finanzakteure müssen durch die Finanztransaktionsteuer zur Verantwortung gezogen werden.“

Mit diesen deutlichen Worten hatte sich die Bundeskanzlerin zum wiederholten Male zur Einführung einer Finanztransaktionsteuer bekannt. Doch trotz intensiver Vorarbeiten durch die EU-Kommission und einer Reihe von EU-Mitgliedsstaaten ist eine Finanztransaktionssteuer, die alle Arten von Wertpapieren und Finanzspekulationsgeschäften umfasst, noch immer nicht eingeführt. Schlimmer noch: Die gegenwärtigen Pläne der Bundesregierung würden potentiell riskante Instrumente wie Derivate gar nicht abdecken. Eine solche Transaktionssteuer würde ihren Zweck gänzlich verfehlen.

Insbesondere hochspekulative Finanzanlagen haben wesentlich die Finanz- und Wirtschaftskrise mit ausgelöst. Während staatlich finanzierte Bankenrettungen und die Geldpolitik der Zentralbanken die Entwertung vieler Wertpapiere verhindert haben, wurden deren Eigentümer bis heute nur unzulänglich zur finanziellen Bewältigung der Krisenfolgen heran-

gezogen. Allein das weltweite Handelsvolumen von Derivaten, also Wetten auf die Kursentwicklung anderer Wertpapiere sowie Währungen oder Rohstoffe, übertrifft das Weltsozialprodukt um ein Mehrfaches. Auch in Deutschland hat sich der Handel mit sogenannten Finanzderivaten stark ausgeweitet. Der explosionsartige Anstieg von Finanztransaktionen spiegelt die Realwirtschaft kaum wider, sondern ist vielmehr auf spekulative Geschäfte zurückzuführen.

Während die meisten Güter des täglichen Bedarfs mit Steuersätzen zwischen sieben und 19 Prozent Umsatzsteuer belegt sind, können Finanzprodukte seit der Abschaffung der Börsenumsatzsteuer im Jahre 1999 in Deutschland völlig steuerfrei gehandelt werden. Dies ist eine krasse Ungleichbehandlung zu Gunsten finanzstarker Fonds und anderer Großinvestoren, die beendet werden muss.

Der sogenannte Hochfrequenzhandel hat binnen weniger Jahre außerordentlich zugenommen. Bei diesen Spekulationsgeschäften werden in Bruchteilen von Sekunden große Mengen Wertpapiere und darauf basierende Finanzderivate gekauft und wieder verkauft, um aus geringfügigen Preisdifferenzen hohe Profite zu erlösen. Der Anteil dieser Handelstätigkeit stieg beispielsweise im US-Aktienmarkt von 30 Prozent im Jahr 2005 binnen weniger Jahre auf 70 Prozent des Marktvolumens. Dabei werden durch den Hochfrequenzhandel selbst ausgelöste Preisschwankungen ausgenutzt, um Profite zu erlösen, die in keinem Zusammenhang mit realen wirtschaftlichen Vorgängen stehen. Diese Art der Spekulation kann zu rapiden Preisstürzen führen, die die Krisenanfälligkeit der Finanzmärkte drastisch erhöhen.

### **Die Forderungen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften**

Vor diesem Hintergrund fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften, die Finanztransaktionsteuer unverzüglich einzuführen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich mit Nachdruck für eine europäische abgestimmte Finanztransaktionssteuer einzusetzen, falls nötig aber auch zügig Schritte zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Deutschland einzuleiten.

Hierfür bietet der bereits 2013 von der EU Kommission vorgelegte Richtlinienentwurf eine gute Arbeitsgrundlage. Hiernach sind der Wertpapierhandel mit allen Aktien und Anleihen sowie der Derivatehandel und alle anderen Formen von Finanzmarktvetten der Besteuerung zu unterwerfen. Dabei darf es keine Rolle spielen, ob der Handel über die Börse oder außerbörslich getätigt wird. Lediglich die Herausgabe und der erstmalige Erwerb eines Wertpapiers auf dem sogenannten Primärmarkt sollen steuerfrei bleiben können. Daneben sollten über den Kommissionsvorschlag hinaus auch alle Formen der Devisenspekulation in gleicher Weise mit der Finanztransaktionsteuer belegt werden. Ähnlich der britischen Börsensteuer (stamp duty) und der deutschen Grunderwerbsteuer muss die Rechtmäßigkeit des Erwerbs an die Entrichtung der Steuer gebunden werden.

Der Steuersatz sollte einheitlich 0,1 Prozent auf den Marktwert der Wertpapiere und auf den tatsächlichen wirtschaftlichen Wert der Finanzderivate betragen. Steuerpflichtig sind die am Handel beteiligten Finanzinstitute. Wird die Steuer sowohl am Sitz des Verkäufers

wie am Sitz des Käufers erhoben, so sind beide je zur Hälfte zur Entrichtung der Steuer verpflichtet. Besteht die Steuerpflicht nur an einem Ort, so entrichtet der dort ansässige Handelspartner die Steuer vollständig (sogenanntes Ansässigkeitsprinzip). Unabhängig von der Ansässigkeit der Finanzinstitute besteht die Steuerpflicht auch für alle Wertpapiere und Finanzderivate, die in einem Land herausgegeben wurden, in dem die Finanztransaktionssteuer erhoben wird (sogenanntes Ausgabeprinzip).

Typische Finanzgeschäfte von privaten Haushalten und kleinen und mittleren Unternehmen, wie die Aufnahme von Unternehmens-, Hypotheken- und Verbraucherkrediten, Versicherungsverträge und Prämienzahlungen sowie Bankspargpläne, der gewöhnliche Zahlungsverkehr oder etwa Kreditkartenzahlungen, sollten nicht besteuert werden. Ebenso sollten Aktienkäufe im Rahmen der betrieblichen Altersvorsorge, wie im Durchführungsweg der Pensionsfonds, von der Besteuerung ausgenommen bleiben.

### **Begründung**

Eine Finanztransaktionsteuer mit breiter Bemessungsgrundlage und einem einheitlich niedrigen Steuersatz von 0,1 Prozent stellt ein hohes Steueraufkommen sicher und vermeidet zugleich negative Rückwirkungen auf realwirtschaftlich sinnvolle Investitionstätigkeiten.

Mehr noch: Der häufige und in spekulativer Absicht getätigte Kauf und Verkauf von Aktien und Devisen in großem Umfang, der selbst große Konzerne und Staaten immer wieder in erhebliche Schieflagen bringt, verliert an Attraktivität. Realwirtschaftlich orientierte Unternehmen hingegen, die zur Finanzierung auf die Herausgabe von Aktien und Anleihen angewiesen sind, bleiben hierbei vollständig unbelastet.

Durch die Kombination aus Ansässigkeits- und Ausgabeprinzip wird eine weitreichende Steuererhebung gewährleistet. Selbst wenn nicht in jedem Land der Erde die Finanztransaktionsteuer erhoben wird, so werden Ausweichreaktionen doch erheblich erschwert. Die zweiseitige Erhebung der Steuer stellt zudem eine faire Verteilung der Einnahmen zwischen den Staaten sicher, die die Finanztransaktionsteuer erheben.

Wegen der Freistellung landläufiger Finanzgeschäfte werden durchschnittliche Haushalte von der Finanztransaktionsteuer nicht negativ betroffen sein.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading 'Uwe Polkaehn'. The signature is written in a cursive, flowing style.

Uwe Polkaehn